

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

426 (13.9.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Bret Haus monatlich 2.00 M
im voraus, im Verlag oder in den
Einzelstellen abgeholt 2.50 M. Durch
die Post bezogen (einmal täglich) mo-
natlich 2.10 M auswärts 42 Post-Zustellgeld.
Einzelpreise: Werktag-Nummer 10 Pf.,
Sonntags-Nummer und Feiertags-
Nummer 15 Pf. — Im Fall höherer
Gewalt. Druck: A. Sperrung um,
hat der Besitzer keine Ansprüche bei
Veränderung oder Nichterhalten der
Zeitung. — Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 25. d. Mts auf den
Monats-Beleg angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile
0.40 M, Stellen-Gefunde, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis. — Reklame-Zeile
2.— M, an erster Stelle 2.50 M.
Bei Wiederholung tarifliches Rabatt.
Der bei Nichterhalten des Belegs bei
gerichtlicher Vertretung und bei Kon-
kurrenz außer Kraft tritt. Erfüllungsort
und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Dienstag, den 13. September 1932

Eigentum und Verleger von
:: Ferdinand Thiergarten ::
Verlagsleitung: für Politik:
H. Rimmig; für badische Nachrichten:
Dr. O. Schenck; für Kommunalpolitik:
R. Binder; für Lokales und Sport:
H. Boldecker; für das Feuilleton:
M. Böhm; für Ober und Konert:
G. B. Biele; für den Handelsteil:
G. Biele; für die Anzeigen: Ludwig
Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Meier.
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptvertriebsstelle: Kaiserstraße
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karls-
ruhe Nr. 8359. — Beilagen: Volk und
Heimat / Literarische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Weste- u. Väder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Der Reichstag aufgelöst.

Der Reichskanzler erhält nicht das Wort zur Verlesung des Auflösungsdekrets / Annahme eines kommunistischen Antrags auf Aufhebung der Notverordnung mit 512 gegen 42 Stimmen.

Das Auflösungsdekret.

Auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung löse ich den Reichstag auf, weil die Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.

Gez. der Reichspräsident: von Hindenburg.
der Reichskanzler: v. Papen.
der Reichsminister des Innern: v. Gahl.

Wie es zur Auflösung kam.

m. Berlin, 12. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-
leitung.) Die Ereignisse haben sich wieder erwarten doch über-
raschend am Montagvormittag noch allgemein annahm, daß
der Reichskanzler ungehört wird sprechen können, daß es dann am
Dienstag und Mittwoch zur politischen Debatte und am Donnerstag
zu der Aussprache beim Präsidenten kommen würde, hat sich plötzlich
und überraschend auch für die Nationalsozialisten und das
Zentrum eine völlige Verschiebung der Gesamtsituation ergeben.

Den Anstoß dazu haben die Kommunisten gegeben, die vor
Eintritt in die Tagesordnung eine Umstellung des Be-
ratungsstoffes verlangten. Sie fordern, daß ihr Antrag
auf Aufhebung der Notverordnung zuerst zur Abstimmung gestellt
wird. Als Herr Brüning, der diesen Vorschlag machte, sprach,
glaubte im ganzen Hause niemand, daß er mit seinem Vorschlag den
ganzen Reichstag ins Wanken und zum Einstürzen bringen könnte.
Dennoch folgte man auf den Tribünen, die dicht besetzt waren —
auch die Diplomaten waren erschienen, ferner war das ge-
samte Reichskabinett aufmarschiert —, mit großem Interesse
der sich nun anbahnenden Geschäftsordnungsdebatte.
Herr Brüning, zum erstenmal wieder als Sprecher im Reichstag,
wollte den Antrag der Kommunisten etwas mildern, er setzte sich
dafür ein, daß das von der Verordnung bleiben solle, was schon
im Verordnungsgegenstand ist, daß aber alles andere, was noch nicht zur
Durchführung gelangt ist, vorläufig ausgeklammert werde.

Herr Brüning, der nationalsozialistische Reichsprä-
sident, fragte nun das Haus, ob es bereit wäre, der Umstellung
der Tagesordnung zuzustimmen.

Zur allgemeinen Überraschung erhob sich weder auf der Rechten
noch in der Mitte, noch auf der Linken ein Widerspruch.

Das Haus war also vollkommen einmütig der Ansicht, daß
zuerst die Abstimmung über die Notverordnung und dann die Ab-
stimmung über die Mißtrauensanträge zu erfolgen hätte. Nun machte
aber Herr Brüning von den Nationalsozialisten einen takti-
schen Fehler. Er erhob sich und forderte Einlegung einer
Beratungspause von einer halben Stunde. Dafür stimmte
die Mehrheit, also Zentrum und Nationalsozialisten.
Damit hatten aber auch beide Parteien sich selbst die Führung
aus der Hand gegeben und an den Reichskanzler von Papen
abgetreten.

Denn nun zog sich das Kabinett sofort zu einer kurzen Beratung
zurück, während der Kanzler zum Reichspräsidenten eilte
und sich die Unterschrift unter die Auflösungsorder geben
ließ. Nach Ablauf einer halben Stunde versammelte sich das Haus
wieder. Herr Brüning wollte noch mit einigen Zentrumsvorstehern im
Geheim im Vorraum, während Herr Brüning sich im Sitzungssaal
noch mit einigen Parteifreunden beriet. Er begab sich darauf
auf seinen Präsidentenstuhl, während nunmehr der Reichs-
kanzler mit der roten Maske, die seit Jahren das Auf-
lösungsdekret enthält, demonstriert auf seinem Platz
erschien. Im ganzen Hause wußte man nun, daß es jetzt auf
Wegen oder Brechen geht.

Es lag noch einmal in den Händen Görings, durch einen ge-
schäftsordnungsmäßigen Schachzug, das Haus vor der
Auflösung zu bewahren. Stattdessen stellte er fest, daß über den
Aufhebungsantrag der Notverordnung und über den Mißtrauens-
antrag abzustimmen wäre. Im gleichen Augenblick, d. h. noch bevor
der Reichspräsident Göring den Abstimmungsakt offiziell
eröffnet hatte, erhob sich Herr v. Papen, er hat mehrere Male
um das Wort, während ihm, wie man das nachher hörte, vom Prä-
sidenten zugerufen wurde: „Erst nach der Abstimmung.“ Göring
wies also die Diener in den Saal, um die Abstimmungsarten ein-
zusammeln.

Daraufhin öffnete Herr von Papen seine rote Maske und
reichte das Auflösungsdekret zum Präsidenten hinüber, der es
sodort wieder zurückgab.

Die Abstimmung ging nunmehr vor sich, während das Ka-
binett das Haus verließ. Herr Brüning hatte aber den An-
trag auf Aufhebung der Notverordnung gleich mit dem Mißtrauens-
antrag verbunden, so daß als Ergebnis der Abstimmung zu ver-
zeichnen ist: 512 Abgeordnete gegen das Kabinett
Papen und gegen die Notverordnung vom 4. September, während
nur 42 Stimmen für Papen und für das Wirtschaftspro-
gramm zu verzeichnen waren.

Im Anschluß daran verlas dann Herr Brüning das Auf-
lösungsdekret und erklärte,
daß das Dekret zu spät gekommen sei, inzwischen wäre die Re-
gierung bereits gestürzt, ihre Unterschrift unter dem Dekret
hätte also keine Gültigkeit, der Reichstag wäre nicht aufgelöst.
Er schlug dann noch vor, die Sitzung abzubrechen, um am Dienstag
weiter zu tagen.

Damit war der Konflikt zwischen dem Reichstag und der
Reichsregierung nunmehr ganz offen zum Ausdruck
gekommen. Man mußte aus der Vertagung schließen, daß sich der
Reichstag jeder Regierungshandlung widersetzen würde, koste es was
es wolle. Herr Brüning hat sich aber die Sache inzwischen doch etwas
überlegt. Er hat mitteilen lassen, daß er zwar den Reichstag nicht
für aufgelöst halte, daß er aber abwarten wolle, bis einige
Länder eine Klärung vor dem Staatsgerichtshof herbei-
geführt hätten. Bis dahin wolle er den Reichstag, abgesehen von
den Ausschüssen, nicht arbeiten lassen.

Und wieder läßt sich als Bilanz feststellen, daß durch die Haltung
des Reichstags die Reichsregierung erneut einen starken Trumpf in
die Hand bekommen hat. Denn jetzt kann sie sagen, daß sie bereit
ist, die Klärung vor dem Staatsgerichtshof abzuwarten. Das kann
bedeuten, daß der Staatsgerichtshof sein Urteil überhaupt erst nach
Monaten fällt. Damit hat die Reichsregierung Zeit gewonnen.

Löbe beruft den Ueberwachungsausschuss.

Berlin, 12. Sept. Als Mitglied des Ältestenrates und zugleich
als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages hat der
sozialdemokratische Abgeordnete Löbe folgenden Brief an den
Reichspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mit-
glieder des Ältestenrates nehmen an der von Ihnen einberufenen
Ältestensitzung nicht mehr teil, da der Ältestenrat durch die Auf-
lösung des Reichstags mit betroffen worden ist. Die staatsrecht-
lichen Fragen, die in Ihrer Schlussanrede aufgeworfen wurden,
gehören vor den Ausschuss zur Wahrung der Rechte des Par-
lamentes, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vor-
sitzender berufe ich diesen Ausschuss ein und werde den Zeitpunkt
der Sitzung noch heute bekanntgeben.
In vorzüglicher Hochachtung gez. Löbe.“

Keine Reichstags- und Ältestenratsitzung.

Die für eine halbe Stunde nach Schluß der Vollziehung des
Reichstags in Aussicht genommene Sitzung des Ältestenrates
findet nicht statt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältesten-
rates hätten sich an dieser Sitzung nicht mehr beteiligt, da sie die
Ausschüsse vertreten, daß der Ältestenrat durch die Auf-
lösung mitbetroffen ist. Da auch die Vertreter der
Zentrumskräfte dem Reichspräsidenten gegenüber erklärt
hatten, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vor-
handen sei, hat sich Präsident Göring veranlaßt gesehen, auch die
für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstags abse-
hen zu lassen.

Großfeuer in Besenfeld.

— Wildbad, 12. Sept. Am Sonntag abend wurde das in
etwa 800 Meter zwischen Wildbad und Freudenstadt liegende
Dorf Besenfeld von einem Großfeuer heimgesucht. Der
Brand kam in dem Detonationsgebäude der Witwe Sadmann zum
Ausbruch und breitete sich infolge starken Windstaus auf drei
weitere Anwesen aus, so daß innerhalb kurzer Zeit vier große
Gebäude samt den Detonationsgebäuden nieder-
gebrannt waren. Dem Feuer sind zwölf Stück Großvieh, eine
Anzahl Schweine und viele Hühner zum Opfer gefallen.

Der Schaden beträgt viele Tausende Mark und dürfte nur
zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Eintretender
Wassermangel erschwerte das Rettungswert außerordentlich.
U. a. mußte eine ein Kilometer lange Schlauchleitung zur Brand-
stätte gelegt werden. Erst am Montag früh war das Feuer auf
seinen Herd beschränkt. Ueber die Entstehungsurache des
Feuers ist noch nichts Bestimmtes bekannt. Vielfach vermutet man
Brandstiftung, doch liegen hierfür keine bestimmten Anhalts-
punkte vor.

Rettung des Systems?

★ Es scheint ein Unstern über den Reichstag der Nachkriegs-
zeit zu walten, denn ebenso wie seine fünf Vorgänger ist auch dieser
Reichstag des 31. Juli eines unnatürlichen Todes gestorben. Er hat
den anderen nur das voraus, daß er dem deutschen Volke nicht das
widerliche Schauspiel monatelanger Agonie bot, sondern gleich bei
seiner zweiten Sitzung durch das Dekret des Reichspräsidenten auf-
gelöst wurde. Und was dieser Reichstag an seinen beiden einzigen
Sitzungstagen „geleistet“ hat, wird in den Annalen der deutschen
Parlamentsgeschichte sicherlich nicht in goldenen Lettern festgehalten
werden. Das, was am 12. September im Reichstagsplenum geschah,
ist ein weiteres Glied in der Beweiskette, daß es mit unseren
parlamentarischen Gewohnheiten und dem Intrigen-
und Känstelspiel einfach nicht mehr weiter-
geht. Die „positive“ Arbeit aller Parlamentstagen der letzten
Jahre hat sich ja fast ausschließlich auf den Anflug sich jagender Ab-
stimmungen und auf Staatsaktionen über die lächerlichsten Dinge
der Welt beschränkt. Der deutsche Parlamentarismus ist an seinen
Taten zugrunde gegangen und nicht mit Unrecht wurden die letzten
Wahlkämpfe weitgehend unter der Parole „Gegen das System!“
geführt. Heute aber, wo dieses System durch eine autoritäre Re-
gierung in seine Schranken verwiesen wird, schließen sich die Parteien
gerade zur Rettung dieses Systems zusammen, und nach
kritisierten Vorbildern der Vergangenheit sieht man von neuem
das Kuhhandeln, das bei uns leider zu einem Ausstattungsstück des
Parlamentarismus geworden zu sein scheint. Wie man heute den
Parlamentarismus auffaßt, ging unlängst aus einem Kampfabend
des „Vorwärts“ gegen das Wirtschaftsprogramm des Kabinetts
Papen hervor, das als „Programm des Verfassungsbruchs“ bezeichnet,
aber dann gefragt wird: „Was heißt das anders, als daß der ganze
Umbau des Staates und der Wirtschaft unter Ausschaltung
des Reichstags vorgenommen werden soll?“ Hat sich aber unter
der Ära Brüning der Reichstag aus Angst nicht so und so oft
selbst ausgeschaltet, und haben dieser Reichstag und die Par-
teien nicht den Beweis erbracht, daß die parlamentarischen
Größen nicht zu praktischer Arbeit und dazu befähigt sind,
es besser zu machen als die vielgeschmähte Regierung? Auch ge-
stern hat sich im Reichstag nur die negative Mehrheit
der 512 gebildet, ein positives Aufbauprogramm hat aber bis jetzt
trotz aller Koalitionsverhandlungen noch keine Partei auch nur
andeutungsweise vorlegen können.

Man spürt aus der gestrigen Kundgebung des Reichs-
kanzlers die bittere Ironie heraus, als er erwähnte, daß „die
kommunistische, aus Moskau zugereiste Abgeordnete Klara Zetkin
von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört
worden ist,“ dem Kanzler einer deutschen Regierung
aber unter Bruch der Verfassung das Wort ver-
weigert wurde. Die Rettung des Kabinetts von Papen ist
gerade nicht Selbstzweck der Reichspolitik, sondern Selbstzweck ist im-
mer nur die Rettung des Reiches aus den gegenwärtigen
Schwierigkeiten. Ueber die Umbildung der gegenwärtigen Reichs-
regierung hätte sich sicher reden lassen und auch noch reden lassen
müssen, nachdem Hitler sich dem Eintritt in das Kabinett Papen
verweigert. Aber beratungsbefähigte und für die Entwicklung
der Zukunft folgenreichere Fragen lassen sich nicht mit taktischen
Winkelzügen lösen, wie man sie leider Gottes zuletzt noch bei dem
Hin und Her über den Empfang der Parteiführer
beim Reichspräsidenten sehen mußte. Zuerst sollte der
Empfang am Dienstag erfolgen, dann hat man es sich wieder an-
ders überlegt und Hindenburg den Besuch der Vertreter der Na-
tionalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei
schon für Montag nachmittag in Vorschlag gebracht, nachdem die
Zustimmung des Reichspräsidenten bereits vorlag, aber wieder
Zinkum gemacht und den Donnerstag für den Parteiführerempfang
in Aussicht genommen. Man wird es Hindenburg nicht verübeln
können, wenn er sich dieses Spiel nicht länger gefallen ließ und sich
selbst vorbehielt, wann ihm die Herren genehm wären. Dieses
ganze Verstellspiel wäre aber nicht verständlich, wenn man nicht das
mißglückte Zwischenspielen des Reichswehrministers von Schleicher
erwähnen würde, der bisher immer als der Mittelsmann und Für-
sprecher der Nationalsozialisten im Kabinett gegolten hat. Ihm
wurde im Endstadium der Koalitionsverhandlungen zwischen
Zentrum und Nationalsozialisten der Vorschlag gemacht, an die
Seite einer Ministerliste zu treten, die dem Reichspräsidenten als
Erlaß für das Kabinett Papen unterbreitet werden sollte. Was
Schleicher geantwortet hat, läßt sich nur aus dem Dementi erraten,
das er — bezeichnenderweise nach Fühlungnahme mit dem Kanzler
— am Samstag abend herausgab und in dem er in Abrede stellte,
daß er bereit sei, einer von Parteien gebildeten Regierung die Hand
zu reichen. Damit hat sich Schleicher rückhaltlos an
die Seite Papens gestellt und schied damit als Schach-
figur aus dem Koalitionsspiel von vornherein aus.

Der Reichskanzler erklärte in seiner Kundgebung, daß die
Neuwahlen zum Reichstag innerhalb der verfassungsmäßigen
Fristen erfolgen sollen. Trotz allem Gerede über Diktaturgelüste
war das bei der bekannten Verfassungstreue Hindenburgs auch nicht
anders zu erwarten. Es fragt sich nur, ob das Volk — die Parteien
und auch der Reichstag sind nicht das Volk — Urache hat, sich
sonderlich darüber zu freuen, denn jede Reichstagswahl kostet alles
in allem die runde Summe von 10 bis 12 Millionen Mark. Abge-
sehen davon, ist auch nicht recht ersichtlich, wie der neue Reichstag
ein wesentlich anderes Gesicht bekommen sollte, als es die Wahlen

„Deutschland will ja doch nur aufrüsten“.

Die französische Antwort auf die deutsche Forderung zur Gleichberechtigung.

Berlin, 12. Sept. Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Verlangen auf Gleichberechtigung, das dem französischen Botschafter in Berlin am 29. August mitgeteilt wurde, wird nunmehr veröffentlicht, nachdem die Antwort bereits am Sonntag mittag der deutschen Regierung überreicht worden war. Die Antwort stellt in der deutschen Uebersetzung ein Schriftstück von etwa elf Schreibmaschinenseiten dar.

Frankreich lehnt in der Antwort eine deutsche „Aufrüstung“ ab und verweist die Entscheidung über den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung an den Völkerverbund, bei dem allein die Entscheidung liege.

Die Antwort gliedert sich in zwei Teile, deren erster sich mit der Abrüstungskonferenz beschäftigt, während in dem zweiten Teil die Antwort auf das deutsche Verlangen im einzelnen gegeben wird.

In dem ersten Teil

der Antwort erklärt die französische Regierung u. a., daß die deutsche Auffassung, der Verlauf der Abrüstungskonferenz werde unbefriedigend bleiben, den Ereignissen vorgehe und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geleisteten nicht rechtfertigen lasse.

Die Regierung der französischen Republik sei sich bewußt, alles Erforderliche getan zu haben, um ein ordnungsmäßiges Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen.

Sie habe u. a. die von ihr aufgestellte These hinsichtlich der Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt zurückstellen lassen und habe sich damit einverstanden erklärt, daß die Prüfung dieser These ebenso lange verschoben werde, wie es von deutscher Seite für die Prüfung seiner Forderung auf Gleichberechtigung verlangt wurde. Sie habe überdies

ihren Willen zur Abrüstung durch Herabsetzung der Wehrausgaben um 1,5 Milliarden Franken bewiesen.

Nach Aufzählung weiterer Zugeständnisse der französischen Regierung weist die Note dann darauf hin, daß nach französischer Auffassung der Schwerpunkt der Abrüstungskonferenz auf Artikel 8 der Völkerbundsatzung liege, woraus sich ergebe, daß man nicht nach Aufrüstung Einzelner streben dürfe, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung. Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berücksichtigung darauf zu ändern, daß von dem in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde dies nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrag zuwiderhandeln, sondern

se würde durch ihre Haltung auch die künftige Bewirklichung der allgemeinen Abrüstung unmöglich machen.

Das Ziel sei, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Völkern wirkliche Friedensgarantien biete. Wenn Deutschland die Absicht habe, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und

des 31. Juli dem jetzt aufgelösten Reichstage gaben. Die Regierung scheint zwar damit zu rechnen, daß im November, in dem günstigstenfalls die Neuwahlen erfolgen, die Anturbelung der Wirtschaft sich schon irgendwie auswirken kann, und daß dann ein Rückstrom aus den radikalen Wählerkreisen einsetze würde. Aber selbst wenn der Versuch einer neuen Papen-Partei gemacht werden sollte, würde diese es bestenfalls auf etwa 50 Mandate bringen können, die zusammen mit den Deutschnationalen bei optimistischer Rechnung vielleicht ein Sechstel des neuen Reichstages ausmachen würde. Aber auch damit wäre kaum etwas gewonnen, das Zentrum wird nach den Erfahrungen der letzten Wochen wohl nicht geneigter sein, mit einer, wenn auch wieder verstärkten Mitte zu verhandeln, und was die Nationalsozialisten tun werden, nachdem sie sich von der Bewegung sich zur Partei mit allen parlamentarischen Gebräuchen entwidelte haben, läßt sich jetzt natürlich noch keineswegs voraussehen. Nur soviel dürfte sicher sein, daß der gewinnende Teil bei Neuwahlen die Kommunisten sein werden, der verlierende Teil aber das ganze deutsche Volk. Darum hat auch das Kabinett nur im äußersten Notfall, wie er sich durch die Taktik der Parteien in der gestrigen Reichstagsitzung herausbildete, zur Auflösung entschlossen, denn sie will vor allem arbeiten, die Erwerbslosigkeit vermindern und die Wirtschaft wieder anturbeln. Daß diese Pläne durch Neuwahlen mit all ihrer Unruhe und ihren Unsicherheitsfaktoren für die Zukunft erheblich gestört werden, liegt auf der Hand. Niemand wird das Papensche Ausbauprogramm hundertprozentig verteidigen wollen, seine Schwächen übersehen und sich den Bedenken auf sozialpolitischem Gebiet verschließen können. Nachdem aber nun einmal die Linie festgelegt ist, wäre es außerordentlich verhängnisvoll, sie plötzlich wieder umzubiegen und andere Möglichkeiten auszuprobieren, die zunächst einmal die vorhandenen Anläge einer Besserung, die wir jetzt doch feststellen dürfen, zerstören würden. Hat denn der Reichstag mit der vielgerühmten nationalen Mehrheit, die sich gestern allerdings keineswegs bewährte, nicht daran gedacht, wie ernst Deutschlands Lage auch außenpolitisch ist? Der Kampf um unsere Gleichberechtigung in der Abrüstung ist in das Entscheidungsstadium getreten und wird, wie Frankreichs Antwort zeigt, recht schwer sein. In diesem Kampf ist neben dem deutschen Rechte der stärkste Trumpf, den die Regierung hat, die nationale Erbitterung und Geschlossenheit des deutschen Volkes. Und gerade dieser Trumpf ist ihr für die nächsten 2 Monate aus der Hand geschlagen, weil jetzt wieder der Kampf im Inneren losgeht und der Deutsche im Deutschen nicht den Bruder, sondern den parteipolitischen Gegner sieht.

m. Berlin, 12. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Reichsregierung ist unmittelbar nach den Vorgängen im Reichstag zu einer Sitzung zusammengetreten, die aber nur von kurzer Dauer war, weil der Reichstagsler um 7.30 Uhr die Rumpfsitzung halten wollte. Da sich der Reichstag der Entgegennahme des Regierungsprogrammes verschlossen hat, sah sich Herr von Papen genötigt, im Rundfunk seine bisherigen Maßnahmen zu rechtfertigen und seine weiteren Ziele zu umreißen, also direkt mit dem deutschen Volk in Verbindung zu treten. Die Reichsregierung hat in ihrer Ratsitzung irgendwelche Beschlüsse noch nicht gefaßt. Sie steht auf dem Standpunkt, daß wenn eine Wahl ausgeschrieben wird, sie natürlich im Rahmen der Vorschriften der Reichsverfassung erfolgen wird. Aber das „Wann“ ist noch nicht geklärt. Nach Ansicht der Reichsregierung ist jedoch der Staatsgerichtshof für Streitigkeiten zwischen dem Reichstag und der Regierung nicht zuständig.

Mit Hindenburg für Deutschland!

Der Kanzler im Rundfunk.

* Berlin, 12. Sept. In seiner Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde, führte der Reichskanzler u. a. folgendes aus: Meine deutschen Landsleute! Ich spreche heute durch den Rundfunk zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Reichsregierung über das von ihr verfolgte Programm entgegenzunehmen. Auf der Tagesordnung des heutigen Reichstages stand die Entgegennahme einer solchen Erklärung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, stellte der kommunistische Abgeordnete Torgler den Antrag, über die von der kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und Aufhebung der Notverordnung vom 4. September abzustimmen. Ein Widerspruch gegen diesen Antrag des kommunistischen Abgeordneten erfolgte nicht, aber auf Antrag der Nationalsozialisten wurde der Reichstag auf eine halbe Stunde vertagt. Nach Ablauf dieser Pause erklärte der Reichstagspräsident, daß er nunmehr über den Antrag Torglers, d. h. also über die gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensanträge wie über die Ablehnung der Notverordnung abstimmen lassen werde.

Ich, der Reichskanzler, erhob mich und verlangte das Wort zu einer Erklärung der Reichsregierung. Nach Artikel 33 der Verfassung war der Präsident verpflichtet, mir als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Entgegen dieser Verpflichtung hat er mir das Wort nicht erteilt. Ich erbat es ein zweites Mal, was wiederum abgelehnt wurde. Hierauf überreichte ich dem Reichstagspräsidenten das Auflösungsdekret des Herrn Reichspräsidenten, da ich also nicht die Möglichkeit hatte, es vor dem Reichstag selbst zu verlesen.

Mit dem Augenblick der Ueberreichung dieses Dekrets war nach den Bestimmungen der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Bestimmungen, die der Reichstagspräsident danach hat stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtswidrig. Aus diesem Vorgehen wird das deutsche Volk ersehen, daß es der Reichsregierung durch verfassungswidriges Handeln des Reichstagspräsidenten unmöglich gemacht worden ist, vor dem Volke einen Rechenschaftsbericht über die vergangenen drei Monate zu geben und ihr Programm für die Zukunft mitzuteilen. Es ist ihr unmöglich gemacht worden, von dieser Tribüne über Lebensfragen der Nation, wie sie der Kampf um die Gleichberechtigung darstellt, das zu sagen, was sie in dieser Stunde den anderen Mächten zu sagen hatte. Die kommunistische aus Moskau zugereiste Abgeordnete Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung weigert sich das Volk, auch nur entgegenzunehmen. Ich stelle dieses Vorgehen des Reichstages vor dem deutschen Volke fest. In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke auf diesem Wege erneut Rechenschaft abzulegen über die bisherigen Handlungen der Regierung und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Gefundung der Nation verfolgt. — In dem folgenden Rechenschaftsbericht betonte der Kanzler, die Reichsregierung sei fest entschlossen, den Weg ihrer bisherigen Handlungen weiter zu beschreiten, den Weg einer neuen unabhängigen Staatsführung.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei beste Sozialpolitik. Selbstverständlich bekenne sich die Regierung zu ihrer Pflicht gegenüber den schuldbedürftigen Arbeitnehmern. Hier finde die Freiheit der Wirtschaft ihre Grenze im Gebot sozialer Gerechtigkeit. Die Regierung wolle nach der Richtschnur des Reichspräsidenten handeln, daß die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleiben müsse. Sie lasse sich von niemand in sozialer Gefinnung übertreffen. Nur bei entscheidender Verringerung der Zahl der Arbeitslosen im kommenden

Winter würden die Unterhaltungen, für die Erwerbslosen, die auch die Regierung gegenwärtig für zu niedrig halte, erhöht werden können. Von den Unternehmern erwarte die Regierung, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalteten. Sie werde mit eiserner Strenge gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollten.

Mißlingt der Plan, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, so sei das freie Unternehmertum verloren.

Betriebe mit staatlicher Beihilfe müßten in einer Weise staatlichem Einfluß unterworfen sein, daß ihr Vertrag nur dem gemeinen Nutzen und nicht privaten Vorteilen diene. Eine wachsende Welle der Zuversicht gehe über die Menschheit. Aber nur durch Kampf lasse sich eine neue bessere Zukunft gewinnen. Die Regierung rufe das Volk zu ihrer letzten Anstrengung auf in dem Bewußtsein, daß damit die furchtbare Krise auf immer hinter uns verfallen. Arbeit und Brot — der Plan der Regierung gebe beides.

Der Kanzler betonte dann weiter, daß auch der Aufbau unseres staatlichen Lebens eine Hauptaufgabe der Regierung sei. Die Reichsregierung erblicke ihre historische Mission in der Beseitigung von Konstruktionsfehlern der Weimarer Verfassung.

Es wäre auch verfehlt, an die Stelle wechselnder Parteikoalitionen die Diktatur einer Partei zu legen, eine Staatsform, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes niemals entspreche. Hätten deshalb, so fragte er, Millionen den Kampf gegen das „System“ geführt, das die Beamtenhaft politisierte und die Stellen des Staates und der Verwaltung zu Pfanden herabwürdigte, das die Soheit des Staatsgedankens untergehen ließ in dem Morast selbstlicher Interessen? Die Regierung glaube, daß die formale Demokratie abgewirkt habe und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden könne. Aus der heutigen Zerlegung unseres Staatslebens könne allein die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen Staatsführung herausführen, die sich auf die Autorität des Reichspräsidenten stütze.

Der Kanzler hielt es für eine selbstverständliche Pflicht, sich vor die historische Persönlichkeit des Staatsoberhaupts zu stellen. Das deutsche Volk habe ein sicheres Gefühl der Dankbarkeit für das Gottesgeschick, das ihm den Führer in Krieg und Frieden, den Wächter seiner besten Traditionen an der Spitze der Nation erhalten habe. Die Reform der Verfassung werde nicht übereilt und nur in Uebereinstimmung mit den Ländern einer Lösung zugeführt werden. Es sei ein Entwurf beabsichtigt, der auf Grund der Erfahrungen der Geschichte und der Eigenart unserer Heimat für lange Zeit die Grundlage unseres staatlichen Lebens sichern solle. Ganz dringend sei dabei die Frage einer Neuordnung eines Aufbaus des Reiches. Ausgeschlossen müsse in Zukunft ein Gegeneinander- und Nebeneinanderregieren im Reich und in Preußen sein. Man werde den geschichtlich gewordenen preußischen Staat nicht zerbrechen, aber notwendig sei eine organische Verbindung der preußischen Regierung mit der des Reiches. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen werde die Eigenstaatlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Der Kanzler schloß: Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des Reichstages, die erwählten Vertreter des Volkes, aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführung ihres Programmes ermöglichen. Die Volkvertretung hat mich daran gehindert. Sie hat es nicht gemollt. Deshalb rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu:

Mit Hindenburg und für Deutschland!

Besprechungen darüber zu führen, so sei nichts berechtigter, nichts wünschenswerter als das.

Diese Arbeiten, an denen Frankreich im aufrichtig liberalen Sinne teilzunehmen gedenke, würden es ermöglichen, festzulegen, was es

die Rechtsstellung Deutschlands

innerhalb einer allgemeinen unter dem Schutz der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kontrolle stehenden Friedensordnung sein soll. Diese Frage stelle sich zunächst in juristischer Hinsicht. Hier weist die Note auf die Unterchiede hin, die zwischen der deutschen und französischen Ansicht beständen. Deutschland erkläre, die Abrüstungskonvention müsse mit gleichem Recht an die Stelle des Versailles-Vertrages treten und es dürften keine „Sonderbestimmungen“ für Deutschland vorgeesehen werden. Hierzu erklärt die Note:

Vom Rechtsstandpunkt aus kann die französische Regierung dieser These nicht beipflichten. Denn weder im Teil V des Vertrages von Versailles noch in der Völkerbundsatzung findet sich irgend eine Vorschrift, wonach eine allgemeine Beschränkung der Rüstungen die Wichtigkeit der im Vertrage enthaltenen Bestimmungen dauernden Charakters zur Folge hätte. Mit diesem rechtlichen Vorbehalt erklärt sich Frankreich bereit, seinerseits an der Prüfung dieses Problems auf dem gleichen Fuße wie alle anderen Beteiligten und mit dem Wunsch mitzuarbeiten, daß in den künftigen Tagen die Fortschritte beschleunigt werden, die durch die Arbeiten der Konferenz selbst erzielt sein werden.

Zur sachlichen Seite erklärt die Note, die französische Regierung brauche nicht zu zögern, die Rüstung nur ihres Handels bekannt zu geben. Sie werde auf dem Wege der Abrüstung umso weiter gehen, je größere Garantien sie in der allgemeinen Organisation des Friedens finde. Die Note weist hier auf die Erklärung hin, die Frankreich bereits in Genf gegeben habe, als Deutschland zum ersten Mal die Frage der Gleichberechtigung anschnitt, in der sie erklärte, mit dem Tage, wo eine internationale Organisation geschaffen wäre, die jedem Gewähr für seine Sicherheit biete und jedem die gleiche Verpflichtung auferlege, wäre die Regelung dieser Frage in hohem Maße erleichtert.

Frankreich betont sodann, daß der französische Sicherheitsgedanke und der Ausdruck Sicherheit sich in den Völkerbundsatzungen befände und daß Frankreich keinen verschleierte Imperialismus zu vertreten beabsichtige. Frankreich habe in der Sicherheitsfrage positive Vorschläge gemacht.

Es sei nicht nur bereit, etwaige Anregungen Deutschlands zu prüfen, sondern es bitte um solche Anregungen ebenso wie die anderen Staaten. Nichts würde zur Verfriedung der Welt zweckmäßiger erscheinen als ein Zusammenwirken Deutschlands und Frankreichs auf diesem Gebiete.

In dem zweiten Teil

der Antwort wendet sich die französische Note dem Abschnitt VII der deutschen Zusammenfassung, in dem organische Änderungen (aktive Dienstzeit, Freiheit in der freiwilligen Wehrmacht, Einführung einer Miliz) hingewiesen wird, zu. Um sicher zu sein, daß es in dem Text keine irrtümliche Auslegung gebe, habe die französische Regierung sich an die Erklärungen des Reichswehramtstreffers in der „Newport Times“ vom 8. August, des Heimadientes vom 1. September und des „Resto del Carlino“ vom 31. August gehalten.

Es handle sich demnach darum, daß für Deutschland auf dem Gebiet des Heeres, Luftstreitkräfte, Landwagen, schwere Artillerie, sowie Luftabwehrgeschütze und auf dem Gebiet der Marine Unterseeboote, Flugzeugmutterstütze und Panzerschiffe gefordert würden: kein Zweifel: es handle sich hier um eine Aufrüstung.

Sodann fährt die Note wörtlich fort: Schon jetzt muß darauf hingewiesen werden, daß diese Aufrüstung sich unauswendbar auf alle die Staaten ausdehnen würde, die durch Verträge an ein ähnliches Regime gebunden sind wie Deutschland. An der Frage, die Frankreich vorgelegt worden ist, ist also ganz Europa unmittelbar interessiert und Frankreich kann sich nicht darauf einlassen, auf ein Problem von solchem Umfang für sich allein eine Antwort zu erteilen.

Und es geht offensichtlich um noch mehr. Da nach den Erklärungen, die die Herren Minister von Neurath und von Schleicher am 29. August dem Herrn Botschafter Francois Pontce gegenüber abgegeben haben, Deutschlands Forderungen sich auch auf das Seewesen erstrecken, würde das gesamte Flottenregime der Mächte mit ins Spiel gezogen werden.

Wenn also Deutschland auf seinen Absichten besteht, so muß eine allgemeine Aktion durchgeführt werden.

Auf welchem Boden?

Nicht auf dem Boden der Abrüstungskonferenz.

Zunächst deshalb, weil die Forderung Deutschlands dem Ziel dieser Konferenz — das darin besteht, Herabsetzungen und nicht Erhöhungen der Rüstungen zu erzielen — seinem Wesen nach direkt zuwiderläuft. Und ferner deshalb, weil an dieser Konferenz Vertreter von Nationen teilnehmen, die an den Friedensverträgen nicht beteiligt waren. Die erforderlichen Verhandlungen könnten zweifellos nicht geführt, ja nicht einmal angebahnt werden, ohne Beiragung der Mächte, die dem Vertragspaakt vom 13. Juli 1923 beigetreten sind. Außerdem ist für die Diskussion der Vertrag von Versailles maßgebend, der nicht einseitig abgeändert werden kann und besonders der Artikel 164, in dessen zweitem Absatz es heißt:

Es ist keinerlei Aenderung in dem durch den Vertrag bestimmten Rüstungsstande gestattet, bevor Deutschland nicht in den Völkerverbund aufgenommen worden ist. Dieser kann wünschenswert erscheinenden Aänderungen zustimmen.

So liegt also die Entscheidung allein beim Völkerverbund. Frankreich kann den Verpflichtungen, die es ihm gegenüber eingegangen ist, nicht zuwiderhandeln und wir behalten uns vor, vor dem Völkerverbund gegebenenfalls die Gründe darzulegen, die uns hindern, einer Wiederaufrüstung Deutschlands zuzustimmen.

Schweres Erdbeben

in Holländisch-Indien.

M. London, 12. Sept. In Amboina (Holländisch-Indien) ereignete sich am Montag ein außerordentlich schweres Erdbeben, das als das heftigste seit dem Jahre 1898 bezeichnet wird. In Kampung kürzten 60 Häuser ein. Die gesamte Bevölkerung hat den Ort geräumt, da das Eintreten eines weiteren Erdbebens befürchtet wird. Der Ort Picee auf der Insel Ceram ist bereits von einer Flutwelle heimgesucht worden. Bisher sind keine Menschenverluste zu verzeichnen.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anhangsteil.)

Dienstag, den 13. September.

9.30 Uhr: Kab. Plätzspiele — Konzertsaal: Amerika, Japan, China-Blumortrag.
10.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Das Lied einer Nacht; Beiprogramm.
11.30 Uhr: Plätzspiele: Ja tren ist die Selbstentlebung.
12.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
13.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.
14.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
15.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.
16.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
17.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.
18.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
19.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.
20.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
21.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.
22.30 Uhr: Kab. Plätzspiele: Die Besessenen.
23.30 Uhr: Neben-Plätzspiele: Die Besessenen.

Die historische Sitzung.

Berlin, 12. Sept.

Am Regierungstisch hat Reichkanzler von Papen, der sich dem Reichstag zum ersten Mal vorstellt, mit sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts Platz genommen. Das Haus ist fast vollständig verammelt. Die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatensloge steht man die Botschafter von Frankreich, England, Italien und Spanien, den österreichischen Gesandten, den Gesandten von Dänemark und eine Reihe weiterer Vertreter ausländischer Mächte. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten sind zum Teil in den Uniformen der SA und SS erschienen.

Unter allgemeiner Spannung eröffnet Präsident Göring um 3 Uhr die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Torgler (Komm.), die Anträge seiner Fraktion auf Aufhebung der Notverordnungen sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ohne Aussprache darüber abzukommen. Diese Notverordnung, so erklärte er, sei ein Gift für die Besitzenden und eine Belastung für die Werttätigen. (Zuruf von den Kommunisten: Der Hungerkanzler soll abtreten!) Der Redner beantragt weiter, die Mißtrauensanträge gegen die Regierung von Papen ebenfalls sofort zur Abstimmung zu bringen. Für den Fall, daß Widerspruch erhoben werde, fordere er sofortige Schließung der Sitzung und Anberaumung einer neuen Sitzung auf eine Stunde später.

Abg. Röbe (Soz.) beantragt, Anträge seiner Fraktion ebenfalls sofort auf die Tagesordnung zu setzen, wonach die noch nicht in Kraft getretenen Teile der Notverordnung nicht in Kraft gesetzt werden sollen, bevor der Reichstag über die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung entschieden hat. Der Redner erklärt, auch er sei mit beschleunigter Erledigung dieser Anträge einverstanden, aber der Abgeordnete Dr. Oberfahren (Dtl.) werde ja sowieso gegen die sofortige Behandlung Widerspruch erheben.

Präsident Göring stellt darauf die Frage an das Haus, ob gegen den kommunistischen Antrag, die Abstimmungen jetzt schon als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, Widerspruch erhoben wird. Das ist aber nicht der Fall. Zur allgemeinen Ueberzeugung bleibt der von deutschnationaler Seite erwartete Widerspruch aus.

Unter allgemeiner Bewegung beantragt dann Abg. Dr. Fritsch (Natsog.) Unterbrechung der Sitzung um eine halbe Stunde.

Dieser Antrag wird mit einer Mehrheit, die aus Nationalsozialisten, Zentrum und Bayerische Volkspartei besteht, angenommen.

Im Hause herrscht große Erregung. Überall bilden sich Gruppen, die die Vorgänge lebhaft besprechen. Nur langsam leert sich der Saal.

Gegen 4 Uhr wurde die Beratung wieder aufgenommen. Das Haus hatte sich schon auf das erste Klingelzeichen hin im Saal eingefunden, während die Regierungsbank leer blieb. Präsident Göring erschien im Saal zunächst auf seinem Abgeordnetensitz, um sich nach kurzer Besprechung mit einigen führenden Mitgliedern seiner Fraktion auf den Präsidentensitz zu begeben. Nachdem Präsident Göring dann die Sitzung wieder eröffnet hatte, erschien auch Reichkanzler von Papen wieder im Saal. Er hatte eine rote Altkarte unter dem Arm. Im Hause zeigte, als dies bemerkt wurde, Heiterkeit und Erregung ein.

Präsident Göring erklärte dann: Nachdem sich vorher kein Widerspruch gegen die neue Tagesordnung geltend gemacht hat, kommen wir zur Abstimmung über die Anträge des Abg. Torgler (Komm.).

Reichkanzler von Papen erhebt sich.

Präsident Göring fährt fort: Wer für den Antrag ist, bitte ich eine Karte mit Ja, wer dagegen ist, eine Karte mit Nein abzugeben.

Unter großer Erregung im ganzen Hause begibt sich alsdann Reichkanzler von Papen zum Präsidentensitz und legt dem Präsidenten ein Blatt Papier, die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten, vor.

Der Präsident legt die Verordnung zur Seite und bleibt auf dem Platz, um die eingeleitete Abstimmung unter seinem Präsidium durchzuführen zu lassen.

Reichkanzler von Papen hatte sich, nachdem die Abstimmung bereits eingeleitet worden war, zweimal — vergeblich — zum Wort gemeldet.

Es wird gemeinsam abgestimmt über die kommunistischen Anträge auf Aufhebung der Notverordnung und die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung.

Nach der Ueberreichung der Auflösungsorder muß der Reichstag als tatsächlich aufgelöst gelten, so daß er geschäftsmäßig keine Abstimmung mehr vornehmen kann.

Unter großer Unruhe im Hause wird dann die

Abstimmung

vorgenommen. Die Minister haben inzwischen den Saal verlassen.

In namentlicher Abstimmung werden die verbundenen Anträge, die Notverordnung aufzuheben, sowie dem gesamten Kabinett Papen das Mißtrauen auszusprechen mit 513 gegen 32 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen angenommen. (Stürmische Rumbegungen bei den Natsog. und auf der Linken.)

Präsident Göring fährt fort: Nachdem bereits die Abstimmung begonnen hatte, hatte der Herr Reichkanzler um das Wort gebeten. Nach der Abstimmung hätte ich gemäß der Verfassung dem Herrn Reichkanzler das Wort erteilt. Während der Abstimmung hat nun

der Herr Reichkanzler mir ein Schreiben des Reichspräsidenten überreicht, das von dem Reichkanzler und dem Innenminister gegengezeichnet ist, die durch das Mißtrauensvotum als gestürzt zu gelten haben. Dadurch ist das Schreiben hinfällig geworden. (Größte Unruhe im ganzen Hause. Händeklatschen bei den Nat.-Soz. und Kommunisten.) Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des Artikel 25 löse ich den Reichstag auf, weil Gefahr besteht, daß der Reichstag die Aufhebung meiner Verordnung vom 4. September verlangt.“ (Lärm bei den Kommunisten, fortgesetzte Unruhe im ganzen Hause.)

Meine Damen und Herren! Ich nehme den Standpunkt ein, daß dieses Schreiben vorläufig keine Gültigkeit hat, da die Gegengezeichnung von einem Ministerium erfolgt ist, das durch die Volksvertretung jedoch mit überwältigender Mehrheit gestürzt worden ist. Der Sturz des Kabinetts war ebenso wenig überraschend, wie die beabsichtigte Auflösung des Reichstags. Die Absicht der Auflösung des Reichstags wurde unterstrichen durch das Verhalten des Herrn Reichspräsidenten Graef bei der Vorstellung des Präsidiums bei dem Herrn Reichspräsidenten. Das Vorgehen des Herrn Reichspräsidenten Graef war ein Verstoß, das Ansehen des Reichstags zu schädigen. Ich bin fest entschlossen, das Ansehen des Reichstags aufrecht zu erhalten, vor allem das Recht der Volksvertretung gemäß der Verfassung zu wahren. (Zurufe bei den Soz.: Welcher Volksvertretung? — Es ist ja keine mehr da! — Lärm links und Händeklatschen bei den Nat.-Soz.) Wir werden alle Schritte und Maßnahmen treffen, daß ein Auflösungsdekret, das von einer gestürzten Regierung gegengezeichnet ist, die lebendig über die verschwindende Anzahl von 32 Stimmen im gesamten Reichstag verfügt, zurückgenommen wird (Beifall bei den Nat.-Soz.), nachdem es durch diese Gegengezeichnung die Gültigkeit verloren hat. Ich schlage vor, daß wir jetzt die Sitzung abbrechen und morgen weiterarbeiten. Der Aeltere Rat, der in einer halben Stunde zusammentritt, wird die Tagesordnung für die Dienstagtagung festlegen. Nach 16 Uhr schließt Präsident Göring die Sitzung.

Die fliegende Familie in Seenot

Erfolglose Nachforschungen.

Kopenhagen, 12. Sept. Bei der Leitung der Grönlandkolonie in Kopenhagen war am Sonntag ein Radiotelegramm aus Angmagssalik eingetroffen, daß das Flugzeug der fliegenden Familie um 15.10 Uhr 20-30 Seemeilen südwestlich von Angmagssalik SOS-Rufe abgegeben habe und auf See eine Notlandung vornehmen mußte. Bis 16.23 Uhr war die Funkstation in Angmagssalik in ständiger Verbindung mit dem Flugzeug, in dem sich bekanntlich 8 Personen, darunter Hutchinson, seine Frau, seine beiden Kinder, Mechaniker usw. befinden. Seit 16.23 Uhr antwortete das Flugzeug nicht mehr. Inzwischen wurden die SOS-Rufe von dem englischen Fischdampfer „Lord Talbot“, der in der Nähe der Unfallstelle fischte, aufgefangen. Der Dampfer eilte sofort an den angegebenen Position, fand aber von dem Flugzeug keine Spur. Die Nachforschungen nehmen ihren Fortgang. Hutchinson befand sich unterwegs auf dem Flug die Küste entlang von Julianehaab nach Angmagssalik.

Man werde dänischerseits alles tun, um Hutchinson zu helfen, falls Hilfe überhaupt noch möglich sei. Bei der Notlandung könne die Maschine jedoch nicht schwer beschädigt worden sein, da sie 4 Stunden lang telegraphieren konnte.

Beginn des Genossenschaftsprozesses Niederwühl.

st. Waldshut, 12. Sept. (Eigener Drahtbericht.) Wie bekannt, kamen bei dem Ländlichen Kreditverein e.G.m.H. in Niederwühl letztes Jahr Unregelmäßigkeiten des Rechnungsw. und Vorstandsmittelgutes Florian Gerpacher ans Licht, die dem Ländlichen Kreditverein einen bis jetzt errechneten Verlust von rund 480 000 Mark brachten. Davon allein an Kreditverlust durch die Familie Florian Gerpacher einen Betrag von rund 125 000 Mark und durch Kredite an dessen weitere Verwandtschaft von etwa 105 000 Mark. Von der Oberstaatsanwaltschaft in Waldshut wurde Anklage gegen Florian Gerpacher erhoben und zwar wegen leichtsinniger Kredit- und Wechselgeschäfte, Untreue, Betrug, Unterschlagung, Vergehen gegen das Genossenschaftsgesetz und Bilanzverfälschung. Gegen den Sohn Edwin Gerpacher wegen Beihilfe. Nach dreivierteljähriger Voruntersuchung wurde heute vormittag 9 Uhr der Prozeß eröffnet und dürfte mindestens die ganze Woche in Anspruch nehmen. Es sind 68 Zeugen geladen. Der erste Verhandlungstag brachte schon einige Ueberraschungen, worüber wir noch berichten werden.

Doppelt fermentiert

also zweimaliger Läuterungsprozeß aller Tabake!



REEMTSMA
SORTE

» R6 « %M

4 1/3

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 13. September 1932.

Herbstblumen.

Die ersten milden Herbsttage ähneln in ihrer Farbigeit den ersten Frühlingstagen. Die glühende Kraft der Sonne ist gebrochen. In weichem Licht erscheint die Landschaft wie auf Goldgrund gemalt.

Der Herbst erfreut uns mit Farben und Formen, wie sie uns schöner und reicher auch der Sommer nicht bieten kann. In brennender, fast schmerzlicher Schönheit glühen die Blumenwunder der Dahlien, leuchtend gelb, wie strahlende Sonnen, oder wie züngelnde, glühende Flammenbüschel, andere wieder in blendendem Weiß.

Mit prangenden Farben feiert die Natur ihren Abschied vom Sommer und rüht sich zum Empfang des großen Verwandlers. Hellgelbgrün glänzen die Wiesen, dazwischen dehnt sich das kräftige, dunkle Braun des Brachlandes und das Violett der blühenden Heide.

Auf den Wiesen blühen die Herbstzeiselosen. Die Zeiselosen, ihr Name stimmt nachdenklich und mahnt an Sterben und Vergehen, an den ewigen, heiligen Wechsel von Erblühen und Verwelken, von Werden und Untergehen.

Die Herbstblumen künden von Lebensfreude zu einer Zeit, da die Natur sich langsam auf das große, weiße Schweigen vorbereitet. Und wir Menschen wollen uns diese Freudenbringer in unser Heim holen, wir wollen unsere Zimmer mit Blumen schmücken und nicht dem Sommer nachtrauern.

Eine Mondfinsternis.

Wenn das Wetter keinen üblen Streich spielt, werden die Freunde der Himmelkunde am Abend des 14. September das Schauspiel einer fast totalen Mondfinsternis bewundern können; die Beobachtbarkeit wäre umso mehr zu wünschen, als diese Mondfinsternis für über ein Jahr die letzte sichtbare sein wird.

Umso besser ist dagegen die erste Berührung des Kernschattens der Erde mit dem Mondrand um 20.18 Uhr zu beobachten. Dann wandert die dunkelschwarz gefärbte Schattengrenze immer weiter über den Mond hinweg; wer ein Fernrohr hat, kann das Eintauchen der Mondkrater in den Schatten gut beobachten.

Sparmaßnahmen der Reichspost.

In der Presse war berichtet worden, daß die Aufhebung einer Reihe von Oberpostdirektionen der Reichspost beabsichtigt sei. Wie hierzu von Seiten der Reichspost mitgeteilt wird, ist es richtig, daß Erwägungen darüber schweben — wie das der Kanzler angekündigt hat —, daß im Rahmen einer Verwaltungsreform eine Einparung mittlerer Stellen wie bei anderen Behörden so auch bei der Reichspost beabsichtigt ist.

Glückliche Gewinner.

Die 500 000 Mark-Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Am Montag, dem Schlußtage der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, gelangte die große Prämie von 500 000 Reichsmark zur Auspielung. Sie fiel auf das Los Nr. 341 976, das mit einem Gewinn von 1000 Reichsmark gezogen wurde.

Sein 40jähriges Dienstjubiläum feierte in diesen Tagen Herr Reichsbahnmann Julius Stork, der seit acht Jahren Dienstvorstand des Hauptbahnhofs Karlsruhe, ist. Außer den üblichen Ehrungen der vorgelegten Behörden wurden ihm vonseiten seiner Mitarbeiter und des gesamten Personals herzlichste Glückwünsche zu diesem Ehrenstage dargebracht.

Der Wochenmarkt am Montag war gut besetzt, vor allem wieder mit Gemüse und Obst. Kamentlich gab es viel Weißkohl, grüne Bohnen, Tafeläpfel, Tafelbirnen, Zwetschgen und Pfirsiche. Reichlich waren auch Butter und Eier angeboten, schwach dagegen Geflügel. Die Nachfrage war im allgemeinen nur mittelmäßig, am wenigsten war Geflügel begehrt.

Promenadenkonzert. Die Badische Polizeikapelle veranstaltet heute, Dienstag, den 13. September, von 12—13 Uhr, auf dem Schloßplatz ein Promenadenkonzert. Obermusikmeister Heißig, der nach einer schweren Krankheit nun wieder genesen ist, wird dieses Konzert erstmals wieder leiten.

Concé Winesum. Heute, Dienstag abend, Sonderkonzert der Kapelle Kalmán Székely. Einlage: Gello-Seli (Solti Rich. Klein). Concerte de Sacra von Sebard, Menck von Bethoven.

Lichtspieltheater u. Vergnügungssteuer.

Wie schon gemeldet, haben die Karlsruher Kinobesitzer in einer Versammlung scharf dagegen protestiert, daß die Bitte der Kinobesitzer um eine kleine Erleichterung der Lustbarkeitssteuer vom Oberbürgermeister erneut strikte abgelehnt wurde. Sie haben eine Entschädigung gefordert, in der gefordert wird, daß der Stadtrat von den bisher erhobenen Höchstätzen der Vergnügungssteuer für die Lichtspieltheater abweicht und von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit der Ermäßigung Gebrauch macht.

Zur näheren Begründung wird u. a. ausgeführt: Die gesetzlichen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer geben den Gemeinden das Recht, auf die von reichswegen festgelegten Normalsätze Zuschläge zu erheben. Die Verordnung gibt den Gemeinden aber auch das Recht, diese Sätze zu unterbrechen und gibt ihnen ferner mit dem Härteparagrafen darüber hinaus noch die Möglichkeit in besonders gelagerten Fällen noch weitergehende Ermäßigungen zu gewähren.

Während bisher die Stadt Karlsruhe von ihrem Zuschlagsrecht stets in vollem Umfang Gebrauch gemacht hat, fordern wir nunmehr angelehnt der Notlage, in der wir uns nachweislich befinden, daß die Stadt Karlsruhe mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1932 ab die niedrigen Sätze in Anwendung bringt.

Wir haben aus eigener Initiative schon seit Jahren den Erwerbslosen, Kleintütern und Kriegsbeschädigten weitgehendste Vergünstigungen eingeräumt und die Preise für die Genannten unter unsere Gesehtungslosten ermäßigt. Dennoch hat die Stadt Karlsruhe bisher auch von diesen Karten die Vergnügungssteuer in voller Höhe — und zwar zu den höchstzulässigen Sätzen — erhoben. Staat und Städte mühten ein Interesse daran haben, daß die Erwerbslosen, die nicht nur körperlich, sondern auch geistig und seelisch zu verkümmern drohen, wenigstens dann und wann für verhältnismäßig geringes Entgelt für einige Stunden Zerstreuung in unseren Lichtspieltheatern finden. Es ist also eine schreiende Unbilligkeit, daß die Stadt Karlsruhe uns auch noch von diesen währlich sehr geringen Einnahmen durchschnittlich 14 Prozent entzieht.

Aber nicht nur in bezug auf die Erwerbslosen hat das Lichtspieltheater heute eine große kulturelle Aufgabe zu erfüllen. Wir glauben nicht, daß es anmaßend ist, wenn wir behaupten, daß der Film heute auf einem solchen Niveau steht, daß er mindestens ein ebenso großer Kulturfaktor ist, wie die Sprechbühnen, die nicht nur keine Vergnügungssteuer zu bezahlen haben, sondern von Staat und Städten alljährlich noch mit sehr namhaften Beträgen subventioniert werden. Zahlreiche Spitzenfilme brauchen in erhöhtem Maße Belehrung, Wissen und Unterhaltung in die breitesten Schichten der Bevölkerung. Zugleich finden sehr viele dieser Filme auch den Weg ins Ausland und werden dort für das Deutschum und den unermüdbaren Fleiß und die hochstehende Arbeit der Deutschen. Der Film hat nicht wenig dazu beigetragen, daß unsere Handelsabfahrt wieder aktiv wurde. Es wurden mehr Filme ausgeführt als eingeführt.

Bei dieser kulturellen und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Filmes ist es unverständlich, daß heute noch die Filmtheater mit einer hohen „Vergnügungssteuer“ — gewissermaßen bestraft werden, während auf der anderen Seite Operntextvorstellungen subventioniert und Waisenschaukellungen, wie Radrennen, Fußballwettpiele, Regatten usw. völlig steuerfrei bleiben.

Die Film-Industrie hat sich zu einer der größten Industrien entwickelt und in den Produktionszentren Berlin und München finden in der Filmbranche tauende und abertausende Deutsche ihr Brot.

Die Lichtspieltheater sind die Quellen, aus denen die Produktionsfirmen die Mittel schöpfen für die Herstellung der Filme, und wenn diese Quellen versiegen, dann kommen wohl oder übel, kurz oder lang, auch die großen Produktionsstätten in Berlin und München zum Erliegen. Und daß die Lichtspieltheater am Rande des Ruins stehen, mögen die vielen Konturle in diesem Sommer im Lichtspieltheaterergemebe bestätigen. Von den fünftausend Lichtspieltheatern, die Deutschland hat, haben im letzten Jahr allein über zweitausend ihre Besitzer gewechselt und manch früherer vermögender Lichtspieltheaterbesitzer ist heute nur noch Geschäftsführer in seinem früheren eigenen Theater, das er nicht mehr halten konnte, und in seiner Not an einen anderen oder einen anderen Unternehmer verkaufen mußte. Gerade auch in Karlsruhe haben in den letzten 2 Jahren sämtliche Theater, mit Ausnahme eines einzigen, fast durchweg infolge finanzieller Schwierigkeiten den Besitzer ein oder mehrere Male wechseln müssen.

Bedarf es noch eines deutlicheren Beweises, daß wir uns in einer Notlage befinden? Müßen erst noch weitere Existenzen zugrunde gerichtet werden bis die Stadt Karlsruhe endlich ein Eingehen hat und uns in der Vergnügungssteuer entgegenkommt. Die Vergnügungssteuer ist ohnehin die größte Ungerechtigkeit, die es auf steuerlichem Gebiet gibt, stellt sie doch eine Sonderbesteuerung eines einzelnen Gewerbes mit einem Hundertsatz dar, der zum Ruin führen muß. Kein Gewerbebesitzer ist in der Lage, 14 Prozent seiner Bruttoeinnahmen neben allen anderen heutigen Lasten abzugeben.

Wir leben von unserer Substanz und geraten immer mehr in Schulden, nur um unseren Verpflichtungen nachkommen zu können. Die vielverbreitete Meinung, daß die Lustbarkeitssteuer vom Publikum getragen werde, ist irrig. Die Lustbarkeitssteuer stellt vielmehr für uns einen Ansofsenfaktor dar, der unsere Betriebe in ganz ungeheurer Weise belastet, ohne daß wir dafür ein Äquivalent hätten. Und von den Seiten der Steuer einziehenden Behörden immer und immer wieder gelangt wird, daß wir diese Steuer von unseren Einnahmen separieren müßten, so ist das praktisch unmöglich. Wir müssen in erster Linie aus unseren Einnahmen die Leihgebühren für die Filme bezahlen, weil wir sonst überhaupt keine Filme bekommen und keinerlei Steuern bezahlen können. Wir müssen unsere Angestellten, die Mieten für unsere Lokale bezahlen, weil sonst unsere Hausbesitzer Klammungsanträge einreichen und uns unserer Existenz vollständig berauben und schließlich müßten wir, bevor wir die Lustbarkeitssteuer bezahlen können, den elektrischen Strom, Heizung usw. usw. bezahlen, da wir sonst den Betrieb einzustellen gezwungen sind. Und all diese Beträge, mit Ausnahme der Filmmieten, bleiben in der Stadt Karlsruhe.

Wir richten deshalb heute nochmals auf diesem Wege an den Herrn Oberbürgermeister die dringende Bitte, sich nunmehr unserem Notruf nicht mehr länger zu verschließen, und zwar gehen wir — der Not gehörend — jetzt über alle unsere bisherigen Anträge hinaus und beantragen:

- 1. Daß die Stadt Karlsruhe, nachdem sie bisher stets die höchstzulässigen Sätze erhoben hat, nunmehr von dem Gesetzgeber ausdrücklich vorgezeichneten Ermäßigungsrechte Gebrauch macht und die Vergnügungssteuer bis auf weiteres auf generell 10 Prozent ermäßigt.
- 2. Daß darüber hinaus die Karten, die wir zu weit ermäßigten Preisen an die Erwerbslosen, Kriegsbeschädigte und Kleintütern abgeben, grundsätzlich von jeder Lustbarkeitssteuer gänzlich befreit werden.

Jahrespreismäßigung für Jugendpflegevereine

Vom Badischen Landesauschuss für Leibesübungen und Jugendpflege wird uns geschrieben:

Die nach dem Deutschen Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif Teil I § 11 allgemeine Ausführungsbestimmungen E VIII den Jugendpflegevereinen für die Jahre 1931 und 1932 ausgestelltten Preisermäßigungen auf weißen Karten über die behördliche Anerkennung verlieren mit Ablauf des Jahres 1932 ihre Gültigkeit. Für die beiden folgenden Jahre 1933/34 wird bei Gewährung der 50prozentigen Jahrespreismäßigung die Bescheinigung auf hellblauer Karte verlangt. Wir weisen schon heute auf den Wechsel der Bescheinigung hin und machen darauf aufmerksam, daß diese hellblaue Bescheinigung im Laufe des Monats Dezember allen badischen Turn-, Sports- und Jugendpflegevereinen, soweit sie schon bisher als Jugendpflegevereine anerkannt waren und von der verbilligten Bahnfahrt Gebrauch gemacht haben, unter Nachnahme zugeht.

Der im Tarif über die Jahrespreismäßigung vorgesehene Führerausweis behält nach wie vor ohne Zeitbeschränkung Gültigkeit. Dabei ist jedoch zu beachten, daß der Führerausweis seit 1. April 1930 nicht mehr durch die Anerkennungsbehörde, sondern durch den Vereinsleiter ausgestellt wird unter Beglaubigung durch die Gemeinde-(Ortspolizei)behörde. Die alten, noch von der Anerkennungsbehörde ausgestellten Führerausweise werden vom 1. Januar 1933 an nicht mehr anerkannt. Ausstunft erteilt die Geschäftsstelle des Badischen Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege Karlsruhe (Baden), Schloßbezirk 4.

Dienst- und Schukhundprüfung.

Die Ortsgruppe Baden-Wal, des Deutschen Schäferhundverbandes (D.S.H.) e.V. Berlin, hielt anlässlich des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Karlsruhe am Sonntag den 4. ds. Mts. auf dem Sportplatz der D.-G. Karlsruhe am Klosterweg eine Landesieger Dienst- und Schukhundprüfung ab, bei welcher es sich um die Vergabe des Landesiegertitels für Baden-Wal in beiden Klassen handelte. Als Richter war Herr A. Friz aus Ehlingen bestimmt. Die Prüfungsleitung war in die erfahrenen Hände des Herrn Paul Sand-Karlsruhe gelegt. In den frühen Morgenstunden waren die Spurenarbeiten durch die starken Regengüsse beeinträchtigt. Doch erwies die weitere Gehorams- und Mann-Arbeiten eine außerordentlich gute Schulung, sowohl der Herrn Führer als auch der Hunde. Als Sieger gingen hervor in der Dienstklasse (Polizeihundeprüfung): Metz an der Lauterburg, Führer und Besther Herr Heinrich Kühn, Karlsruhe, mit Bewertung „Vorzüglich“. In der Schukhundklasse Astor von der Lauterburg, Führer Herr Jakob Heppes, Besther Herr Ernst Finkenzeiler, Karlsruhe mit Bewertung „Sehr gut“. Ferner wurde in dieser Klasse die Deutsche Dogge (gen. „Satan“) außer Konkurrenz durch Herrn U. Strobel vorgeführt. Besther Herr Richard Schmitt. Diefelbe konnte ebenfalls die Bewertung „Sehr gut“ erringen. Die beiden Sieger kamen aus dem Zwinger des Herrn Jakob Heppes, Karlsruhe, Herrenstraße 25. Die Ortsgruppe teilt uns weiter mit, daß in Walde ein Dressurkurs beginnt, an dem auch Nichtmitglieder teilnehmen können, und jedem Hundebesitzer die Möglichkeit gegeben wird seinen Hund unter bester Anleitung abzurichten.

Auf die Alt-Kleiderstube des Karlsruher Hausfrauenbunds, wo gut erhaltene, saubere, getragene Herren-, Damen- und Kinderkleider in Kommission genommen und zu bescheidenen Preisen an Unbemittelte weitergegeben werden, soll noch einmal besonders aufmerksam gemacht werden. Diese Einrichtung, die in verschiedenen Städten Deutschlands besteht, ist von Verkäufern und Käufern schon als sehr segensreich empfunden und stark in Anspruch genommen worden. Bei den heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ist es oft nicht möglich, alle abgelegten Kleider zu verschenken, man kann sie aber auch oft aus irgend welchem Grund nicht mehr tragen. Alle diese Kleidungsstücke kommen aber einem weniger begüterten Menschen noch zugute, wenn der Preis in bescheidenem Rahmen bleibt. Annahme in der Geschäftsstelle, Ritterstraße 7, jeden Vormittag 11 bis 1 Uhr. Verkauf auch dort am Nachmittag von 4 bis 6 Uhr mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag.

Karlsruher Filmklub.

„Die Liebesfiliale“ im Gloria-Palast.

Der bestens bekannte Lustspiel-Regisseur Carl Heinz Wolff inszenierte unter dem Titel „Die Liebesfiliale“ ein flottes, schmitziges Lustspiel. Als Hintergrund nahm er diesmal das großstädtische Milieu moderner Hotels und Bars der Reifeinstadt Hamburg.

Sogenannte „Geschäftsfahrten“ nach Hamburg, die ein junger Eheemann glaubt nicht unterlassen zu können — gewöhnlich Seiten-sprünge genannt — bringen Konflikte, die den Reiz der überaus lustigen Handlung bis zur Höchstgrenze steigern. Der beachtliche Reichtum an neuen, sehr netten Melodien (Komponisten Luifin Egen und Bert Reissfeld) maden diesen neuesten Tonfilm besonders wertvoll. Nicht zu vergessen ist das liebenswürdige Spiel der Anna Ahlers. Sehr gut auch das junge Ehepaar Johannes Riemann und Lotte Neumann.

Im Beiprogramm sieht man noch ein tränenerpressendes Lustspiel „Tazy, Tazy“ und die beliebte, stets aktuelle For-Boxe.

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 10. Sept.: Georg Vogel, Chem., 71 Jahre alt, Westmeier a. D.; Frieda Wöfer, ledig 29 Jahre alt, Bäckerin; Gertrud Ullrich, Schüllerin, 14 Jahre alt, Vater: Wilhelm Ulrich, Vater: Siegfried W. a. r. i. n., 66 Jahre alt, Witwe von Bernhard Martin, Tagelöhner. — 11. Sept.: Paula Stoll, 59 Jahre alt, Witwe von Otto Stoll, Kaufmann; Paul Vogel, Ebe., 33 Jahre alt, Kaufmann; Theodor A. F. e. n. d. a. c. h. e. m., 64 Jahre alt, Seebote; Amalie J. o. h. n., 65 Jahre alt, Witwe von August J. o. h. n. v. u. b. i. n. d. e. r.; Barbara W. a. v. e. r., 61 Jahre alt, Ehefrau von Friedrich Wauer, Kaufm.

Lebensmittel

Table listing food items and prices: Bierwurst in ganzen Stücken, Pfund 80; Hausm. Leberwurst 1/4 Pfund 20; Speckwurst 1/4 Pfund 18; Frische Bücklinge 1/4 Pfund 23; Kieler Sprotten 1/4 Pfund 28; Gelbe Kartoffeln 10 Pfund 24; Wirsingkraut 3 Pfund 9; Rotkraut 3 Pfund 12; Aepfel 3 Pfund 20; Weintrauben Pfund 25.

Jetzt wieder täglich Kassler Rippenspeer sehr zart Pfund 1.10. Echter Schwarzwälder Tannenhonig 1.50 (el. 5 Pfund 1.45 1 Pfund). Deutsche Pfirsiche Pfund 20.

KNOPF

Nachrichten aus dem Lande.

Kreis Karlsruhe.

Piedolsheim, 9. Sept. (Voranschlag angenommen.) Die Mitglieder des Bürgerausschusses fanden sich kürzlich zu einer wichtigen Sitzung ein. Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung — Beschlusse der Gemeinderatsrechnung 1929 und 1930 und Festlegung des Gehaltes des Sparkassenrechners — wurden durch allgemeine Zustimmung erledigt. Der Hauptpunkt war die Beratung des Gemeinderats-Voranschlags. Nachdem dieser von verschiedenen Rednern kritisiert wurde, wurde er doch gegen die Stimmen der Nationalsozialisten angenommen.

Obergrömbach, 10. Sept. (Neues Feuerwehrhaus.) In seiner letzten Sitzung beschloß der Bürgerausschuß die Erstellung eines neuen Feuerwehrhauses, nach dem dessen Finanzierung sichergestellt ist. Auch das Rathaus wird auf Beschluß des Bürgerausschusses einer Renovierung unterzogen, wozu vom Verband für Denkmalpflege ein Zuschuß genehmigt wurde.

Ubstadt, bei Bruchsal, 11. Sept. (Erschreckend großer Feldfrevel.) Die Zahl der Feldfrevler ist dieses Jahr erschreckend groß, jeden Tag hört man von neuen umfangreichen Felddiebstählen. Kartoffelfelder wurden in den letzten Tagen fast vollständig ausgeraubt vorgefunden. Ebenfalls Obstbäume fand man vollständig ihrer Früchte beraubt. Bis jetzt konnte man der gewissenlosen Diebe nicht habhaft werden.

Stühlingen, 10. Sept. (Neue Bautätigkeit.) In der letzten Zeit ist hier eine erfreuliche Belebung der Bautätigkeit festzustellen. Neben einer Reihe von privaten Bauausführungen will auch die Gemeinde unter anderem auch am Schulhaus Renovierungsarbeiten durchzuführen lassen. Die Erziehungsanstalt läßt den Eingang zum Hauptgebäude herrichten. Dem bisher wenig beschäftigten Maurer- und Zimmergewerbe ist diese Neubautätigkeit außerordentlich willkommen.

Kreis Mannheim.

Mannheim, 10. Sept. (Ehrung eines Mannheimer Arztes.) Die medizinische Fakultät der Universität Würzburg hat dem im Ruhestand lebenden praktischen Arzt, Dr. med. Curt Hübner in Mannheim, anlässlich des 50. Jahrestages seines Dokortrages in Würzburg, ein Doktordiplom erneuert. Im Begleitschreiben wird betont, daß der Jubilar 50 Jahre lang seine ganze Arbeitskraft in den Dienst der leidenden Menschheit gestellt und so für seinen Stand ein leuchtendes Beispiel gegeben habe.

Kreis Heidelberg.

Schnau, bei Heidelberg, 12. Sept. (Tödlicher Sturz aus drei Meter Höhe.) In der Nacht zum Montag wollte der Löwenwirt Adam Gärtner das unruhig brennende Licht an dem an seinem Hause für die Wiederherstellungsarbeiten angebrachten Gerüst in Ordnung bringen. Dabei stürzte er aus etwa drei Meter Höhe ab und war alsbald tot.

Wiesloch, 10. Sept. (Freiwilliger Arbeitsdienst.) In der Gemeinde Rauensberg arbeiten etwa 20 junge Mädchen unter der Anleitung einer Nählehrerin. Während einer 40stündigen Arbeitszeit in der Woche werden Kleidungsstücke und anderes angefertigt und den Ortsarmen zur Verfügung gestellt.

Walldorf (bei Wiesloch), 12. Sept. (Tödlicher Autounfall.) Am Sonntag vormittag ereignete sich auf der Ruhlocherstraße ein schwerer Unfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der Autobesitzer Karl Hagmaier erlitt beim Einbiegen in die Hauptstraße die Kurve etwas zu weit und ließ dadurch Gefahr, den nachfolgenden Motorwagenbesitzer Georg Stefan zu überfahren. Um dies zu vermeiden, muß Hagmaier auf das große Tor eines Hauses gefahren sein, wobei jedoch die Hälfte des schweren Lores auf die Straße stürzte und den Stefan unter sich begrub. Der Bedauernswerte erlitt schwere Kopfverletzungen und verstarb kurze Zeit darauf. Der Tote war 52 Jahre alt und verheiratet.

Kreis Mosbach.

Mosbach, 11. Sept. (Abfchied von Landgerichtspräsident Kirsch.) Landgerichtspräsident Kirsch, der sich während seines langjährigen hiesigen Aufenthalts die größten Sympathien weitester Kreise erworben hat, tritt am 1. Oktober nach Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand. Er hat Mosbach verlassen, um nach Freiburg i. Br. überzusiedeln, wo er seinen Lebensabend verbringen wird. Sein vornehmes und freundliches Wesen innerhalb und außerhalb des Dienstes sowie sein vorbildliches Gerichteleitungsgefühl sicherten ihm die Achtung und Anerkennung aller Einwohner.

Daubenzell (Amt Mosbach), 12. Sept. Der Landwirt Otto Wahboldt wurde vor einigen Tagen von einem Pferde an die Brust getreten. Wahboldt liegt mit heftigen Schmerzen darnieder. Es werden innere Verletzungen vermutet.

Kreis Offenburg.

Lahr, 10. Sept. (Lebensretter.) Die Lebensrettungsmedaille ist vom Staatsministerium dem Kaufmann Willi Kappel in Lahr verliehen worden. Kaufmann Kappel rettete am 12. Juni dieses Jahres unter eigener Lebensgefahr den 22 Jahre alten Schreiner Franz Fleig aus Sulz im Rhein bei Ottenheim vom Tode des Ertrinkens. An der Unfallstelle ist der Rhein sehr tief und reißend und es bedurfte besonderer Anstrengungen des Retters, um den inzwischen bewußtlos gewordenen Fleig an das Land zu bringen.

Kreis Freiburg.

E. Neustadt, 9. Sept. (Notstandsarbeiten.) Seit Wochen sind nun eine große Anzahl Erwerbslose als Notstandsarbeiter am Eisweiher und am Sprunghügel beschäftigt. Nun soll die sog. Schurtwiege, als Kinderplatz vorgegeben, noch dazukommen, jedoch im ganzen über 4000 Tagewerte als Notstandsarbeiten zu verrichten sind.

Kreis Waldshut.

Hürdingen, Amt Waldshut, 12. Sept. (Erhängt.) Seit Mittwoch vergangener Woche wurde der 62 Jahre alte Landwirt Jakob Binfert von hier vermisst. Die Vermutung, daß sich Binfert ein Leid angetan hat, hat sich bestätigt. Er wurde am Sonntagmittag oberhalb des Dries an einem Baum erhängt aufgefunden.

Jetstetten, 12. Sept. (Brand.) In der Nacht vom Freitag auf Samstag brannte der in der Nähe gelegene Schuppen des Gipsermeisters Krauß nieder. Der Schaden ist sehr groß, da die dort aufbewahrten Baugeräte, Gerüststangen usw., sowie sehr teure Modelle für Zementröhren teils vernichtet, teils schwer beschädigt wurden. Die Brandursache ist noch nicht bekannt, man nimmt jedoch an, daß Unvorsichtigkeit vorliegt.

Tiengen, 9. Sept. (Wiedersehensfeier ehemaliger Angehöriger des Landwehr-Regiments.) Im Juli letzten Jahres war bereits die Tagung der ehemaligen 110er Landwehr in unserer Kreisstadt geplant, sie mußte leider wegen der eingetretenen wirtschaftlichen Verhältnisse abgefragt werden. Die Vereinigung der 110er Landwehr Oberbadens beschloß, nunmehr diese Wiedersehensfeier des Regiments (1.—4. Bat.) am Sonntag, den 18. Sept., nachmittags 2 Uhr, im großen Ohnensaale hier abzuhalten, wozu alle Kameraden mit Angehörigen eingeladen sind.

Tödlicher Unfall am Kraftwerk Albruck.

Albruck (Amt Waldshut), 12. Sept. Am hiesigen Kraftwerk ereignete sich am Sonntag früh ein tödlicher Unfall. Ein Arbeiter bemerkte, daß durch die nasse Witterung Strom aus der Leitung in das Eisengerüst gekommen war, wollte es melden und stieg vom Bau herab. Während seiner Abwesenheit bestieg der verheiratete Zimmermann Bernhard Tuchscher das Gerüst, berührte das Eisen und war auf der Stelle tot. Das ist der dritte tödliche Unfall am Werkbau und der siebte am Kraftwerk überhaupt.

Der Motorradunfall bei Neustadt.

E. Neustadt, 12. Sept. Ergänzend zu unserer Meldung über den schweren Motorradunfall am Sonntag an der Straßenkreuzung Leinztal-Friedenweiler ist noch zu berichten, daß als vierte Person der Sozialfahrer Eugen Klotz von Bruchsal verletzt wurde. Er trägt eine Gehirnerschütterung davon. Alle vier Verletzten befinden sich glücklicherweise außer Lebensgefahr.

Gefährliches Baden im Schluchsee.

Schluchsee, 12. Sept. Beim Baden im Schluchsee ist der 22jährige Maurer Obrist von Hörschingen ertrunken. Der Verunglückte ging auf der überstauten alten Seefraße bei Seeburg ein Stück in den Staube hinein, kam von der Straße ab und geriet über die steil abfallende Straßenschwelle hinaus. Als Nichtschwimmer ging er sofort unter. Der Unglücksfall wurde erst bemerkt, als der Vater nach seinem Sohn suchte und die Kleider am Ufer fand. Die Leiche wurde später geborgen. An derselben Stelle hat vor wenigen Wochen ein junger Arbeiter ebenfalls von Hörschingen auf die gleiche Art und Weise den Tod gefunden.

Schiffer als Tabaksmuggler.

Mannheim, 12. Sept. Im weiteren Verlauf der Untersuchungen über den in den letzten Tagen durch die Ludwigshafener Zollabhandlungsstelle aufgedeckten umfangreichen Tabaksmuggel auf dem Rhein wurde das ganze Schiffspersonal eines Industriebootes, Kapitän, Steuermann und Heizer, unter dem Verdacht der Mittäterschaft verhaftet. Da die Festgenommenen ein Geständnis ablegten, wurden sie wieder auf freien Fuß gesetzt. Der Haupttäter, ein Pole, der den Tabak aus Holland einschmuggeln ließ und weiterverkauft, befindet sich nach wie vor in Untersuchungshaft.

Gegen die Gottlosenbewegung.

Am 18. und 19. Oktober findet in Freiburg i. Br. der sechste badische apologetische Kurs statt, der der Orientierung über die russische und die deutsche Gottlosenbewegung, über die Bekämpfung des Christentums durch den Tannenbund und den atheistologischen Aberglauben der Gegenwart dienen soll. Es sind folgende Referate vorgesehen: 1. Der Stand der Religionsbekämpfung in Rußland und deren internationale Ausstrahlung (Harrer Weber-Stuttgart); 2. das sowjetische beeinflusste deutsche Freidenkertum und dessen Bekämpfung (Rebner noch unbestimmt); 3. Der Kampf des Hauses Ludendorff gegen Bibel, Christentum und Kirche (Studentenprediger Preißel-Tübingen); 4. Die Aitologie als Zeitkrankheit (Professor Wehling-Stuttgart). Auch ist eine Vorführung von Schallplatten und Filmen aus der deutschen Gottlosenbewegung vorgesehen.

Eigenartiger Todesfall in Mörich.

Mörich (Amt Ettlingen), 12. Sept. Heute morgen gegen 1/2 Uhr wurde die Einwohnerschaft aus dem Schlafe geschreckt. Im Defonomiegebäude des Straßenmarkts a. D. Joseph Gerstner war aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Brand ausgebrochen, der sich sehr rasch verbreitete und die Scheune sowie einen Schuppen einschloß. Im Wohnhause, das vom Defonomiegebäude durch eine Brandmauer getrennt ist, wurde der alleinlebende Besitzer am Boden liegend bewußtlos aufgefunden. Die Bettdecke und einiges Weiszeug waren angezündet. Der 72jährige Mann ist kurze Zeit danach gestorben. Wie ärztlicherseits festgestellt wurde, ist der Tod durch Erstickung eingetreten.

Wir erfahren noch folgende weitere Einzelheiten: Die polizeiliche Ermittlungen haben ergeben, daß deutlich zwei Brandherde vorliegen: einer in der Scheune und einer im Wohnzimmer. Der alte Mann lag auf dem Boden des Wohnzimmers, neben ihm Bettzeug und Weiszeug, das aus dem Schlafzimmer in das Wohnzimmer geholt worden war. Es scheint, daß Gerstner diese Sachen selbst in das Wohnzimmer gebracht und angezündet hat. Für diese Vermutung spricht, daß die Fensterläden des Zimmers verschlossen und die Türe, die von der Feuerwehrt erst eingedrückt werden mußte, von innen verriegelt waren. Demnach nimmt man an, daß kein Dritter die Hand im Spiele hat, sondern daß Gerstner den Brand selbst legte, und freiwillig aus dem Leben scheiden wollte. Wie Zeugen ausgefragt haben, sah er am Sonntag abend gegen 11 Uhr noch zusammen mit anderen Einwohnern des Dorfes in einem Galkhaus, ohne daß er sich besonders auffällig benommen hätte. — Er wohnte übrigens allein in seinem Haus, da er nur noch erwachsene verheiratete Kinder hat. Gerstner war im allgemeinen ein ruhiger und ordentlicher Bürger, allerdings fand er in dem Rufe eines Sonderlings.

Funde aus der Eiszeit.

Engen, 11. Sept. Vor einiger Zeit wurde der Mitarbeiter am Museum für Urgeschichte der Universität Freiburg, Oberpostlat a. D. Peters, auf eine eigenartige Höhlenbildung, im Wald bei Engen gelegen, aufmerksam. Es wurden damals schon in zwei Ausgrabungen überaus reiche Funde aus dem Ausgang der Eiszeit gemacht. Diesen Sommer unternahm Oberpostlat Peters nun eine dritte Schürfung, und es kann jetzt abschließend über das Gesamtergebnat berichtet werden. Zusammenfassend ist in erster Linie hervorzuheben, daß die entdeckte Stätte in Engen als Deutschlands bedeutendster Neolithplatz der Kennitierjäger im Ausgang der Weichsel bezeichnet werden kann und die geförderten Funde sowohl der Menge nach wie ihrem Wert einzigartig den bisherigen ähnlichen Funden in Deutschland bedeutender bearbeiteter Feuersteinen als Speerbeute von vielen Tausenden bearbeiteter Feuersteinen als Speerbeute, Harpunen, Nadeln, Meißel usw., teilweise auch aus Knochen gefertigt hergestellt, dann wieder Perlen, Figuren, Gemehstücke und Tierknochen von Kennitieren, Wildpferden, Löwen und Eisfüchsen wurden zutage gefördert. Die Funde wurden zu einem Teil dem Museum für Urgeschichte der Universität Freiburg teilweise aber dem Naturhistorischen Museum in Wien übergeben, das dadurch ganz außergewöhnliche Sehenswürdigkeiten aufweisen kann.

Ladenburg, 11. Sept. (Römische Ziegelofen aufgedeckt.) Bei der Einhebung von Ackerland ließ man auf Ziegelmauern. Von sachverständiger Seite wurde festgestellt, daß es sich um den noch wohl erhaltenen Unterbau eines römischen Brennofens mit Dachziegel handelt.

Donauwiesingen, 11. Sept. (Römische Siedlung entdeckt.) Anweit der großen Römerstraße von Donauwiesingen nach Rottweil wurde in geringer Tiefe die über einen Meter starken Grundmauern einer ausgedehnten römischen Siedlung entdeckt.

Engen a. H., 11. Sept. (Neues Alemannengrab.) Am Freitag wurde bei der Fortsetzung der Suche nach Alemannengräbern auf dem Grundstück des Badermeisters Hanzer am Bahnhof in 1.50 m Tiefe ein weiteres Kriegergrab von 1.80 m Länge mit folgenden Beigaben aus Eisen freigelegt: ein Langschwert, ein Kurzschwert, zwei Meißel, eine Speer Spitze, eine Gürtelschleife, eine Teilschwertschleife, mehrere Haken und eine Pfeil- oder Wurfergrätspeitsche mit Widerhaken.

Märkte in Baden.

Mt. Mosbach, 9. Sept. Die Suchtweidhandlung der Unterbadischen Viehwirtschaftsgenossenschaft am 8. d. M. in Mosbach war ausbeacht. Aus den Bezirken Adelheim, Borsberg, Büchen, Oberbad, Eppingen, Heidelberg, Mosbach, Rastatt, Rastatt, Wertheim und Linsheim waren im ganzen 66 Färsen, 5 Kühe, 1 Kalbin und 5 Binder angetrieben. Die Qualität war durchaus gut. Verkauf wurden 56 Färsen und 6 weibliche Tiere. Das sind 80 Prozent des Auftriebs. Die Preise für Färsen waren gut und bewegten sich zwischen 200 und 600 RM. Der Durchschnittspreis der Färsen war 400 RM.

Carlsruhe, 9. Sept. Die ersten Gruppen wurden hier am Freitag von 37 Markt für den Berliner verkauft. Für angebotene Ware wurde 90 Markt bezahlt.

Kandern, 9. Sept. (Prämienmarkt der Markgräfler Viehwirtschaftsgenossenschaft.) Bei herrlichem Wetter fand am Freitag in Kandern der Prämienmarkt der Markgräfler Viehwirtschaftsgenossenschaft statt. Trotz der gegenwärtigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse war der Markt alle Erwartungen übertreffend gut besucht. Etwa 120 Stück Rindvieh wurden gemehrt und verkauft. Die Preise für Rindvieh waren im allgemeinen gut, doch walteten die Kommissionsmitglieder mit den Herren Viehwirtschaftler, Freiburg, Veterinär Dr. Schmidt, und Landesökonomierat Rüb, Schopheim, an der Spitze mit größter Genauigkeit ihres Amtes.

Schönes Herbstwetter.

Eine große Zyklone ist während der beiden letzten Tage im Norden Europas vorbeigezogen. Dabei zeigten am Samstag abend im ganzen Lande Niederschläge zum Teil mit Gewitter ein. Sonntags heiterte es wieder auf, doch blieb das Wetter noch windig und wurde etwas kühler. Nachts kam es fröhliche noch einmal zu leichteren Regenschauern. Nach Abzug der Zyklone schiebt sich gegenwärtig ein Zwischenhoch von Westen nach dem Festland vor. Unter seinem Einflusse wird das Wetter morgen heiter und trocken bleiben. Die Winde werden noch heute abflauen.

Wetternachrichtendienst der bad. Landeswetterwarte Karlsruhe.

Stationen	Höhe in Meeresebene	Temperatur C°	Wetter	Niedrigste Temperatur nachts	Schneehöhe in cm	Wetter
Merheim	—	13	24	11	—	heiter
Königsstuhl	760.7	12	19	11	—	halbbedeckt
Karlsruhe	761.3	12	24	15	—	wolfta
Baden-Baden	761.8	14	24	14	—	bedeckt
Stühlingen	762.1	15	24	14	—	Staubregen
Waldbrunn	—	14	24	14	—	wolfta
St. Blasien	762.6	13	25	15	—	bedeckt
Badenweiler	762.8	16	25	15	—	heiter
Badenweiler	762.8	16	25	15	—	heiter
Schwarzwald	659.4	10	16	10	—	heiter

Wetterausichten für Dienstag, den 13. September 1932: Vorwiegend heiter und trocken. Dertliche Fröhnnebel und am Tage wieder wärmer bei schwacher Luftbewegung.

In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

Der Freiburger Schachkongress.

Der Mannheimer Kuffong „Meister vom Oberrhein“.

Freiburg, 11. Sept. (Sonderbericht.) Im Meisterturnier spielte Kuffong in der Entscheidungspartie gegen Klach ein Damen Gambit. Da ihm ein Remis schon zur Erzielung des Titels genügt, wählte er eine Variante, die unter Verzicht auf aggressives Spiel dem Gegner keinerlei Angriffsmöglichkeiten bot. Klach sah sich bald vor die Alternative gestellt, die Damen zu tauschen, oder das schlechtere Spiel in Kauf nehmen zu müssen. Er wählte den Damenaustausch und gab damit jede Hoffnung auf, seinen in zahlreichen Turnieren der letzten Jahre zu „deutscher Meisterschärfe“ herangereiften Gegner noch einzuholen. Die beiden Gegner einigten sich auch bald auf ein Remis.

Kuffong hat damit zum dritten Male die Meisterschaft des Oberrheins errungen (1928 in Freiburg, 1929 in Mannheim), er hat außerdem bei regelmäßiger Teilnahme an Rheinmeisterturnieren, deutschen Hauptturnieren und gemischten Meisterturnieren viele Proben seiner sicheren und Ideenreichen Spielweise gegeben. Er ist zur Zeit der Spitzenpieler des Oberrheinischen Schachbundes.

Einen weit harndürigeren Kampf brachte die für den zweiten Preis ausschlaggebende Partie zwischen Schmitz und Barnstedt. Barnstedt wählte Medhins Verteidigung und spielte die Partie auf Gewinn um jeden Preis. Weiß verlor durch sein zu sehr auf Verteidigung bedachtes Spiel.

Kuffong junior verteidigte sich gegen D. Duhm sizilianisch, gab aber durch einen unbedachten Damenzug, im Weissen Gelegenheit, mit sämtlichen leichten Figuren die schwarze Königsstellung zu attackieren. Gegen die virtuose Angriffsführung des Weissen war alle Kunst des jungen Karlsruhe Meisters vergeblich. Nach Schmaus spielte gegen Ebeling ein Damenbauernspiel. Nach vergeblichen Gewinnversuchen beider Gegner wurde die Partie Remis gegeben.

Schottmüller eröffnete gegen Bader mit seinen Patentzügen e 4, s 3 und e 4 und sicherte sich durch unermüdbliche Angriffszüge den zweiten Platz.

Im Hauptturnier brachte die letzte Runde besonders erbitterte Kämpfe. Hermann Meier wurde in der letzten Runde von dem hervorragend spielenden Pfälzischen Meister Heinrich Gieseler. In der zweiten Partie der Spitzengruppe siegte Kuffong, Karlsruhe gegen den Heidelberger Stadtmeister Tunnat im Mattangriff. Heinrich und Kuffong sind damit die neugeborenen Oberrheinischen Meister. Erster hat in diesem Jahre schon den pfälzischen Meistertitel errungen und in der Rheinmeisterchaft den fünften Preis erpilot. Letzterer hat vor allem während seines Aufenthaltes in Barcelona im Kampfe mit der spanischen Spitzenkategorie bedeutende Erfolge gehabt. Ihr Sieg in diesem Turnier war also keine Zufälligkeit und mußte gegen nahezu gleichstarke Gegner in höchstem Ringen erworben werden. Hat doch Heinrich in seiner Remispartie sieben Stunden lang vergeblich um den Sieg gekämpft.

Im Nebenturnier haben vor allem die Karlsruher Vertreter große Erfolge errungen, wobei besonders die schneidigen Husarenpartien hervorgehoben seien, mit deren Landsmann seine Gegner, wie sie kamen, in kürzester Frist überführ.

Im einzelnen zeigt die Turniertabelle folgendes Bild:

Meistertitel.
1. Kuffong 4½ Punkte. 2. Klach, Offenburg, und Barnstedt, Karlsruhe, mit je 3½ Punkte. 3. Schmitz, Freiburg, 3 Punkte. 4. Gieseler jr., Karlsruhe, und Duhm, Emmendingen, mit je 2½ Punkten.
7. Schottmüller, Freiburg, mit 2 Punkten. 8. Ebeling, Freiburg, 1½ Punkte. 9.—10. Bader, Forstheim, und Schmaus, Heidelberg, mit je 1 Punkt.

Hauptturnier.
1.2. Heinrich, Mannheim, und Kuffong, Karlsruhe, mit je 4½ P. (Kuffong ins Meisterturnier auf). 3.4. Meier, Karlsruhe, Schmitz, Forstheim, mit je 4 P. 5.6. Schiffer, Karlsruhe, und Bader, Mannheim, mit je 3½ Punkten.

Nebenturnier.
1. Landsmann, Karlsruhe, mit 5 Punkten. 2. Dajger, Karlsruhe, mit 4½ Punkten. 3.5. Kammerer, Freiburg, Caro, Forstheim, Alabettan, Karlsruhe mit je 3 Punkten.

